



# Demokratie neu denken

Von Dr. WERNER PETERS

Die weltweite Anerkennung der Demokratie als die für den Menschen in seinem Bedürfnis nach Selbstbestimmung angemessene Regierungsform darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die demokratische Praxis gerade in den entwickelten Demokratien dringend der Erneuerung bedarf. Nahezu 250 Jahre nach ihrem ersten machtvollen Auftritt in der Moderne sind die leitenden Prinzipien von damals – Gewaltenteilung, Freiheit der Wahl, Repräsentation des Bürgerwillens im Parlament, Rechtsstaatlichkeit – zwar weiterhin gültig, aber nicht mehr ausreichend, um tatsächlich „Herrschaft des Volkes“, was das griechische Wort „Dämo-kratia“ bedeutet, zu verwirklichen. Hinzu kommt, dass manche dieser Prinzipien teils offen, teils unbemerkt aufgegeben oder in ihr Gegenteil verkehrt wurden.

Wie kann man zum Beispiel in Deutschland noch von Gewaltenteilung sprechen, wenn die Parlamentarier als Träger einer Koalitionsmehrheit nahezu sklavisch die Beschlüsse der Regierung befolgen und die obersten Richter von den Parlamenten nach Parteiproporz eingesetzt werden? Die Entstehung der modernen Massengesellschaft, das Aufkommen der Verbände mit ihren Lobby-Organisationen, die Konzentration der Presse und ihre Abhängigkeit von der Werbung und damit den Wirtschaftsinteressen, die Herrschaft der Parteien über den politischen Prozeß, das Aufkommen des Berufspolitikertums und nicht zuletzt die Internationalisierung und Globalisierung der Politik – all dies sind Entwicklungen, die nach neuen politischen Strukturen verlangen, um die Idee und Praxis der Demokratie lebendig zu erhalten.

Verstärkt werden diese Defizite durch die zunehmende Freizeitorientierung des modernen Bürgers, der seine Chan-

cen, aber auch seine Pflichten als Mitgestalter der Politik nicht mehr sehen oder nicht mehr wahrnehmen will. Das eine bedingt das andere: Das Desinteresse an der Politik, das sich inzwischen in zunehmender Wahlenthaltung manifestiert, rührt sicherlich zum Teil auch aus dem unklaren, aber unabweisbaren Empfinden, dass die derzeitigen Strukturen der Politik nicht geeignet sind, ja, bewußt so gestaltet wurden, um ein substantielles Mitwirken der Bürger an der Politik auszuschließen. Wie anders ließe sich zum Beispiel der sture Widerstand der etablierten Parteien gegen die Einbeziehung von Elementen der Direkten Demokratie erklären?

Es sind also nicht nur neue Strukturen zur Weiterentwicklung der Demokratie zu suchen und zu finden, sie müssen auch gegen erhebliche Widerstände der etablierten Mächte und gegen die politische Lethargie der Bürger durchgesetzt werden. Klingt dies zunächst nicht sehr ermutigend, so gibt es andererseits doch » » »

auch Zeichen der Hoffnung. Mehr und mehr Bürger, und teilweise auch Politiker, spüren mehr als nur ein Unbehagen an den derzeitigen Verhältnissen und sehen, dass sich die Politik, verstrickt in ihren alten Strukturen, als unfähig erweist, die großen neuen Herausforderungen – Reform der Sozialversicherungen, Haushaltskonsolidierung, Folgen der Alterung der Gesellschaft, Gesundheitskostenexplosion, um nur einige zu nennen – auch nur in ihren Ausmaßen zu erkennen, geschweige denn in den Griff zu bekommen. Sie ahnen, dass hektisches Reparieren am System, das uns die Politiker vorführen, den Karren immer tiefer in den Dreck fährt und dass nur eine Erneuerung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen uns vor dem Zusammenbruch des Systems bewahren kann. Für eine derartige Erneuerung fehlt allerdings den in den derzeitigen politischen Strukturen befangenen Politikern die Einsicht und die Kraft. Eine solche gesellschaftliche Erneuerung setzt eine Erneuerung der politischen Strukturen voraus. Nur mit einer Erneuerung der Demokratie ist auch eine Erneuerung der Gesellschaft möglich, die für das 21. Jahrhundert gerüstet ist.

Das ist keine abstrakte Wunschvorstellung, es gibt klare Konzepte von den Schritten, die notwendig sind, um dem Volk die Macht wieder zurückzugeben, über sein politisches Schicksal verbindlich mit zu entscheiden. Die Stichworte sind schon genannt. An erster Stelle ist die Ausweitung, oder soweit es die Bundesebene angeht, überhaupt erst Einführung Direkter Demokratie zu nennen – nicht anstelle, sondern in Ergänzung der parlamentarischen Demokratie. Es ist geradezu politische Schizophrenie, wenn unsere Politiker mit feierlichen Worten die Erfolge der Demokratie im Irak und in Afghanistan preisen, wo die Bürger sich per Volksabstimmung ihre Verfassung gegeben haben, aber in Deutschland eine Volksabstimmung über die europäische Verfassung nicht zulassen, weil dies die politische Reife des Volkes übersteige. Auf kommunaler und Landesebene, wo es zaghafte Ansätze von direkter Bürgerbeteiligung gibt, werden fintenreich immer wieder juristische und technische Hürden aufgebaut, um die direkte Mitbestimmung der Bürger ins Leere laufen zu lassen.

## Parteien

Das alles hängt zusammen mit der übergroßen Macht der Parteien in unserem politischen System, die bei zu viel direkter Mitbestimmung des Volkes um ihren Einfluß fürchten müs-

sen. Aus der „Mit“-wirkung der Parteien an der Willensbildung des Volkes, die im Grundgesetz verankert wurde, ist praktisch ein Monopol der Parteien in der Politik und teilweise weit darüber hinaus in Wirtschaft und Gesellschaft geworden. Diese Parteienherrschaft wird durch die üppige Parteienfinanzierung, die sich die Parteien selbstherrlich gewähren, befestigt und praktisch verewigt. Die Erneuerung der Demokratie muß mit der Beendigung der staatlichen Parteienfinanzierung beginnen – was eine Erstattung angemessener Wahlkampfkosten durch den Staat nicht ausschließt.

Nicht nur im Staat und gegenüber dem Bürger sind die Parteien allmächtig. Sie bestimmen über den Fraktionszwang und das Wahlverfahren auch die personelle Zusammensetzung der Parlamente und das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten. Die Mitglieder der Parlamente – gewählte Repräsentanten der Bürger – verdanken ihr Mandat nicht dem Wähler, sondern der Partei, die sie in einem „sicheren“ Wahlkreis aufstellt und möglichst auch noch auf einem vorderen Listenplatz „absichert“. Dass unter diesen Umständen die Abgeordneten ihre erste Loyalität nicht dem Bürger, sondern der Partei zuwenden und ihre Unabhängigkeit an der Tür zum Fraktionszimmer und zum Plenum abgeben, liegt auf der Hand. Der sogenannte Fraktionszwang wird aber inzwischen so selbstverständlich praktiziert, dass der Widerspruch zu der in unserem Grundgesetz festgelegten Verpflichtung des Abgeordneten, nur seinem Gewissen zu folgen, gar nicht mehr auffällt, geschweige denn hinterfragt wird. Wir müssen aber wieder zurück zu den Ursprüngen der Demokratie, in der die Unabhängigkeit der vom Volk gewählten Repräsentanten eine unverzichtbare Bedingung ist.

Ein Weg dorthin führt über eine Änderung des Wahlverfahrens. Zur Zeit bestimmen die Parteien mit ihren starren Listen über die personelle Zusammensetzung der Parlamente. 80 bis 90 Prozent der Mitglieder des Bundestages stehen schon fest, bevor auch nur der erste Wähler seine Stimme abgegeben hat. Diese Macht könnte erheblich eingeschränkt werden, wenn die Wähler die Möglichkeit haben, durch Häufung mehrerer Stimmen auf einen Kandidaten (Kumulieren) und durch Ankreuzen von Kandidaten verschiedener Parteien (Panaschieren) die von den Parteien vorgesehene Reihenfolge der Kandidaten » » »

**Es ist geradezu politische Schizophrenie, wenn unsere Politiker mit feierlichen Worten die Erfolge der Demokratie im Irak und in Afghanistan preisen, wo die Bürger sich per Volksabstimmung ihre Verfassung gegeben haben, aber in Deutschland eine Volksabstimmung über die europäische Verfassung nicht zulassen, weil dies die politische Reife des Volkes übersteige.**

**Der sogenannte Fraktionszwang wird aber inzwischen so selbstverständlich praktiziert, dass der Widerspruch zu der in unserem Grundgesetz festgelegten Verpflichtung des Abgeordneten, nur seinem Gewissen zu folgen, gar nicht mehr auffällt, geschweige denn hinterfragt wird.**

**Dabei steigt innerhalb dieser Gruppe der Anteil derer, die überhaupt nie in ihrem beruflichen Leben einen „normalen“ Beruf ausgeübt haben, sondern immer in irgendeiner Funktion im Dunstkreis von Partei und Politik tätig waren, kontinuierlich an.**

**Neben der Stärkung der direkten Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger an politischen Entscheidungen ist die Abschaffung des Berufspolitikertums der Kern einer Erneuerung der Demokratie. Die Einwände gegen diesen Vorschlag sind bekannt und durchaus ernstzunehmen.**

auf der Liste zu verändern. Dieses Wahlverfahren wird mit gutem Erfolg schon bei den Gemeinderatswahlen in vielen Bundesländern angewandt – warum nicht bei den Landtagswahlen oder für die personelle Zusammensetzung des Bundestags?

### Abhängigkeiten

Die Abhängigkeit des Abgeordneten von der Partei und damit die Macht der Parteien über das politische Geschehen wird auch dadurch weiter verstärkt, dass für immer mehr „Volksvertreter“ die Ausübung des Mandats zum Hauptberuf und Lebensinhalt geworden ist. Wie können wir von Abgeordneten Unabhängigkeit in ihren Entscheidungen erwarten, wenn ihre berufliche und private Existenz davon abhängt, dass die Partei sie wieder ins Parlament schickt? Dabei steigt innerhalb dieser Gruppe der Anteil derer, die überhaupt nie in ihrem beruflichen Leben einen „normalen“ Beruf ausgeübt haben, sondern immer in irgendeiner Funktion im Dunstkreis von Partei und Politik tätig waren, kontinuierlich an. Dies ist eine der Hauptursachen für die zunehmende Distanz der politischen Eliten von den gesellschaftlichen Realitäten. Sie leben wie in einer Glaskugel und nehmen die Außenwelt nur noch durch den Filter ihrer auf die Welt der Politik beschränkten Erfahrungen wahr. Für viele Abgeordnete ist das Mandat auch noch mit einer Reihe „Nebenberufungen“ und weiteren, auch finanziell einträglichen Nebeninteressen verbunden, die unzweifelhaft die Mandatsträger in ihrer Unabhängigkeit weiter einschränken – um es einmal sehr neutral auszudrücken.

Dieser gordische Knoten aus Verflechtungen und Verpflichtungen ist nur mit einer radikalen Lösung zu entwirren, indem die Ausübung des Mandats in den Parlamenten auf zwei Legislaturperioden beschränkt wird. Aus dem Lebenszeit-Berufspolitiker muß wieder der Politiker auf Zeit werden, der aus einem Beruf und aus der gesellschaftlichen Realität kommt und in diese zurückkehrt. Neben der Stärkung der direkten Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger an politischen Entscheidungen ist die Abschaffung des Berufspolitikertums der Kern einer Erneuerung der Demokratie. Die Einwände gegen diesen Vorschlag sind bekannt und durchaus ernstzunehmen. Entscheidend ist die Frage, ob es andere, bessere Möglichkeiten gibt gegen die zunehmende Entfremdung zwischen Politik

und Bürger, gegen den zunehmenden Realitätsverlust der Politiker in der Wahrnehmung der Probleme der Gesellschaft, gegen die zunehmende Handlungsunfähigkeit der politischen Eliten aufgrund ihrer vielfältigen Bindungen und Abhängigkeiten.

In den alten politischen Strukturen wird es nicht möglich sein, die Abwärtsspirale, in der sich unsere Gesellschaft befindet, aufzuhalten. Es gibt dort keinen Freiraum, um grundsätzlich neu zu denken, keine Freiheit, um sich von den alten, nicht mehr brauchbaren Systemen zu lösen, keinen Mut, den Interessenverbänden, die sich im bisherigen System gut eingerichtet haben, entgegenzutreten. Nur politisch, beruflich und privat wirklich unabhängige Personen sind in der Lage, sich ausschließlich dem Gemeinwohl zu verpflichten und in dieser Krise unserer Gesellschaft eine wirkliche Erneuerung zu denken und durchzusetzen. Die Erneuerung der Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft setzt eine Erneuerung der politischen Strukturen voraus.

Wir brauchen einen neuen ganzheitlichen Gesellschaftsvertrag für Deutschland. Aufgrund der demographischen Entwicklung im Inneren und der Einwirkungen der Globalisierung von außen ist es mit Reparaturen am Bestand nicht mehr getan – ein völliger Umbau unseres Sozial- und Besteuerungssystems ist erforderlich. Wenn wir die Substanz unseres sozialen Staatsgebildes erhalten wollen, müssen wir es neu begründen und neu konstruieren.

Vordringlich brauchen wir eine neue Struktur der staatlichen Organisation, eine Föderalismusreform nach den Prinzipien der Transparenz, der Subsidiarität und der Bürgernähe, bei der die Tatsache, dass wir mit der EU inzwischen vier staatliche Ebenen haben, einbezogen wird. Allen vier Ebenen sollten nach dem Subsidiaritätsprinzip klar abgegrenzte Aufgabenfelder zugewiesen werden, das heißt, was auf unterer Ebene selbständig verwaltet werden kann, bedarf keiner Bevormundung von höherer Stelle. Jede Ebene muß eine eigene Gesetzes- bzw. Satzungs-kompetenz, eine eigene Steuererhebungskompetenz und eine eigene Verwaltung haben. An die Stelle der undurchsichtigen Verflechtungen und finanziellen Transaktionen zwischen den einzelnen staatlichen Ebenen tritt eine Struktur mit klar gegliederten Verantwortungen, die der Bürger nachvollziehen und gegebenenfalls bei » » »

Mißwirtschaft und Fehlentscheidungen auch als Wähler abstrafen kann. Die Frustration der Bürger aufgrund ihrer Ohnmacht gegenüber weit entfernten Behörden, die in ihre Belange eingreifen, findet ihr Ende. Dies zieht natürlich auch eine neue Aufteilung der politischen Aufgabengebiete nach sich, auf die hier im einzelnen nicht eingegangen werden kann. Nur so viel: statt einer hierarchischen Struktur von vier Ebenen über- bzw. untereinander gibt es zwei Säulen: EU und Bundesländer auf der einen, Bund und Gemeinden auf der anderen Seite, wobei die jeweils obere Ebene die Rahmenrichtlinien setzt und die untere die Ausführung und konkrete Ausgestaltung übernimmt. Hierbei entfällt auf die EU und die Länder der gesamte wirtschaftliche Teil der Politik, während Bund und Kommunen in der oben beschriebenen Arbeitsteilung für die sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Belange der Menschen zuständig sind.

## Sozialversicherung

Ein wichtiges Kernstück des neuen Gesellschaftsvertrages ist eine grundlegende Erneuerung der Sozialversicherungssysteme, die im Zusammenhang zu sehen ist mit einer vollständigen Umstellung unseres Steuersystems. Das in der Bismarckzeit entstandene Sozialversicherungssystem enthält den im Grunde richtigen Denkansatz der generationenübergreifenden Solidarität, ist jedoch einer inzwischen gänzlich veränderten Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur, die sich auch noch weiter dramatisch verändern wird, nicht mehr angemessen. Vor allem die einseitige Bindung an die Löhne und Gehälter ist nicht nur ungerecht, sondern in Zeiten eines massiven Arbeitsplatzabbaus finanziell unhaltbar. Arbeitslosen-, Rentenversicherungs- und Krankenversicherungsbeiträge forcieren auch noch diesen Abbau, da sie wie Sondersteuern auf Arbeitsplätze wirken. Für diese Bereiche – Arbeitslosigkeit, Alterseinkommen, Gesundheitsfürsorge – sollte es eine Grundabsicherung geben, die aus Steuern finanziert wird und in ihren Einzelheiten sowohl auf die anderen steuerlichen Maßnahmen, als auch auf die Besonderheiten der einzelnen Versicherungsfälle abgestimmt wird. Jedem Bürger ist es unbenommen, sich über diese Grundsicherung hinaus privat weiter und höher zu versichern, wozu ihm auch die Mittel zur Verfügung stehen, da die konfiskatorischen Zwangsabgaben in Höhe von derzeit 40 Prozent auf Löhne und Gehälter

entfallen. Einzig die Grundsicherung im Gesundheitsbereich sollte durch einen gewissen Beitrag, der allerdings auf alle Einkünfte erhoben wird, aufgestockt werden, um das Gesundheitssystem auf eine finanziell sichere Basis zu stellen.

## Grundeinkommen

Das Grundeinkommen im Alter wird aus einem neu entwickelten Steuersystem finanziert, das neben der bisherigen Einkommensteuer nur noch die Mehrwertsteuer (allerdings in neuer Form) und eine Ressourcensteuer auf ressourcenintensive Produkte (Rohstoffe, Energie) kennt. Eine Geld- und Bodenreform mit dem Ziel der Entlastung von Staat und Gesellschaft bezüglich der erdrückenden Zinslasten ist zwingend erforderlich, um eine glaubwürdige Nachhaltigkeit aller zukünftiger Planungen zu erreichen. Das Aufkommen aus den genannten Steuern ist so hoch, dass daraus die Grundsicherung für die Rentner und ein Grundeinkommen für den Fall der Arbeitslosigkeit finanziert werden kann. Der Staat wird von zukünftigen Pensionsverpflichtungen entlastet – bestehende müssen selbstverständlich erfüllt werden, genauso wie die bestehenden Rentenansprüche in der Übergangszeit erhalten bleiben – weil auch die Beamten in gleicher Weise wie der Rest der Bevölkerung in dieses neue System aus steuerfinanziertem Grundeinkommen und freiwilliger Höherversicherung einbezogen werden. Im übrigen ist der Beamtenstatus ein historischer Zopf, der abgeschnitten werden muß. Das derzeitige Beamtenprivileg, das dem Steuerzahler die Zahlung der Pensionen ohne Vorleistungen der Beamten aufbürdet, ist durch nichts – außer einer auf den Absolutismus zurückgehenden Tradition – gerechtfertigt und zutiefst unverantwortlich gegenüber den zukünftigen Generationen.

Ein steuerfinanziertes Bürgergeld ersetzt das derzeitige Arbeitslosengeld. Allerdings sollte der Erhalt dieses Grundeinkommens nicht bedingungslos sein, wie es in einigen Gesellschaftsmodellen derzeit diskutiert wird. Sofern eine Person im erwerbsfähigen Alter über kein Einkommen verfügt, sollte sie im Gegenzug für das Bürgergeld der Gemeinde gegenüber auch eine Dienstleistung erbringen, die im Rahmen seiner Möglichkeiten liegt und der Gemeinde erlaubt, für ihre Bürger einen zusätzlichen Service zu leisten. Neben der Ressourcen- » » »

**Eine Geld- und Bodenreform mit dem Ziel der Entlastung von Staat und Gesellschaft bezüglich der erdrückenden Zinslasten ist zwingend erforderlich, um eine glaubwürdige Nachhaltigkeit aller zukünftiger Planungen zu erreichen.**

**Ein steuerfinanziertes Bürgergeld ersetzt das derzeitige Arbeitslosengeld. Allerdings sollte der Erhalt dieses Grundeinkommens nicht bedingungslos sein, wie es in einigen Gesellschaftsmodellen derzeit diskutiert wird.**



steuer ist die Mehrwertsteuer die Haupteinnahmequelle des Staates. So wie die Ressourcensteuer durch hohe Besteuerung von Produkten mit hohem Energie- und Rohstoffverbrauch die Industrie zum schonenden Umgang mit den Gütern der Umwelt und zur Entwicklung intelligenter Produktionsverfahren anregen soll, so wird auch ein neues Mehrwertsteuersystem, das unterschiedlich hohe Sätze auf lohnintensive Produkte einerseits und kapitalintensive bzw. durch hohen Maschinenanteil erzeugte Produkte andererseits erhebt, die Wirtschaft positiv steuern und beleben. Durch niedrige Besteuerung werden sich Arbeiten im Handwerks- und Dienstleistungssektor wieder lohnen, und es werden dort die Arbeitsplätze entstehen, die in der Industrie durch die Verlagerung ins Ausland verloren gegangen sind. Umgekehrt wird durch eine hohe Mehrwertsteuererhebung auf Produkte, die mit einem hohen Anteil an Kapital und/oder Maschinenleistung entstanden sind, beim Re-Import ein Teil der Unternehmensgewinne, die durch Verlagerung der Produktion in andere Länder erzielt wurden, dem deutschen Staat und seinen Bürgern wieder zufließen. Dies sind keine utopischen, am Schreibtisch erdachten Vorschläge: mit einer solchen gestaffelten Mehrwertsteuer operieren einige unserer EU-Nachbarn, vor allem in Skandinavien, bereits seit vielen Jahren höchst erfolgreich.

## Bildung

Im Bildungsbereich ist es nötig, völlig neue Wege zu gehen und ganz andere Strukturen aufzubauen. Ausgehend vom Grundgesetz, in dem den Eltern die erste Verantwortung für ihre Kinder zuerkannt wird, sollten Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen konsequent aus der staatlichen Verwaltung herausgelöst und die Organisation der Betreuung und Erziehung der Kinder den Eltern übertragen werden, die als freie Vertragspartner der Erzieher, Lehrer, Ausbilder und Betreuer die Organisation des Kindergarten-, Schul- und Ausbildungswesens konkret am Ort übernehmen – selbstverständlich nach allgemein verbindlichen, vom Staat gesetzten Ausbildungsstandards und mit der staatlichen Verwaltung als Wächter über die Einhaltung dieser Standards.

In gleicher Weise sollten die Studenten in die Lage versetzt werden, als gleichberechtigte Vertragspartner mit freien Hochschulen Ausbildungsverträge auszuhandeln – und nicht nur Studenten, sondern alle, die eine weiterführende Aus- oder Fortbildung (z. B. Meisterprüfung) machen wollen. Der Staat gibt allen jungen Bürgern zwischen dem 20. und 25. Lebensjahr ein einheitliches zinsloses Darlehen, das in sechzig gleichen Monatsraten ausgezahlt und in zweihundertvierzig Monatsraten (also über einen Zeitraum von zwanzig Jahren) zurückgezahlt wird. Nach einem ersten Anschub durch eine staatliche Finanzierung wird sich dieses System im Kreislauf von Aus- und Rückzahlung selbst erhalten.

## Wirtschaft

Die sogenannte soziale Marktwirtschaft, auf die sich unsere Politiker berufen, ist in ihrer derzeitigen Praxis weder sozial noch marktwirtschaftlich. Eine ausgeuferte Umverteilungs- und Subventionspolitik mit einer riesigen Bürokratie hat sich erdrückend auf die Wirtschaft gelegt und wirkt sich lähmend auf die Mentalität der Gesellschaft aus. Der Versuch der Feinsteuerung der Wirtschaft durch immer neue Regelungen, Subventionen, Abschreibungsanreize, Freibeträge hat Wirtschaft und Gesellschaft in eine fatale Abhängigkeit von staatlichen Entscheidungen gebracht mit der Folge, dass die Politik immer mehr in die Gewalt eines korrumpierenden Lobbyismus geraten ist.

Nur durch ein grundlegend neues und vereinfachtes Steuersystem, verbunden mit einem Sozialversicherungssystem, das sich auf eine Grundsicherung der Bürger beschränkt, erhalten nicht nur die in der Wirtschaft Tätigen, sondern alle Mitglieder der Gesellschaft ihre Freiheit zurück, das eigene Leben und ihre eigenen Angelegenheiten nach eigenen Vorstellungen und mit eigenen Mitteln zu regeln. Und nur indem der Staat den Bürgern genügend finanzielle Freiheit läßt und nicht alles durch konfiskatorische Abgaben bevormundend regelt, kann sich die für ein demokratisches Gemeinwesen unabdingbare Eigeninitiative der Bürger entwickeln.

« « «